

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

2. Band Nr. 9

Ausgegeben am 31. Mai 1918

36. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Bankenhochkonjunktur und Finanzkapitalismus.

Von Heinrich Cunow.

Auf keinem Gebiet des kapitalistischen Wirtschaftsgetriebes haben sich die Kladderadatschillusionen, unter deren Einfluß unsere Partei vor dem jetzigen Weltkrieg stand, als so verfehlt erwiesen wie auf dem des Bankwesens. Es gehörte geradezu zu den Glaubensartikeln eines Teiles unserer Theoretiker wie unserer Praktiker, daß der große wirtschaftliche Krach, der unzweifelhaft schon wenige Monate nach dem Beginn des nächsten Krieges ausbrechen und den überreifen Kapitalismus in ein wüstes Chaos stürzen würde, mit einem Zusammenbruch der großen Riesenbanken einsetzen werde. Wer damals diesen Ansichten widersprach und auf den relativ festen Unterbau des deutschen Bankwesens hinwies, wurde fast als Ignorant betrachtet, der die ganze Zeit der Kapitalsentwicklung seit dem Kriege von 1870/71 verschlafen habe. Bebel sprach in der großen Reichstagsdebatte über den Marokkostreit nur aus, was damals fast allgemein in der deutschen Sozialdemokratie gedacht und geglaubt wurde: »Was hat denn schon das bißchen Marokkofrage in diesem Sommer erzeugt? Den bekannten Run auf die Sparkassen, den Sturz aller Papiere, die Aufregung in den Banken! Das war erst ein kleiner Anfang; es war gegen die Wirklichkeit nichts! Wie wird das erst werden, wenn der Ernstfall eintritt? Dann werden Zustände hervorgerufen werden, die Sie allerdings nicht haben wollen, die aber mit Notwendigkeit kommen...«

Selbst in manchen Fachkreisen glaubte man, wenn man auch noch nicht die Götterdämmerung des Kapitalismus herannahen sah, daß sofort der Krieg zu einem Bankkrach führen werde. Erinnerung sei hier nur heute an den Artikel von H. Ullmann, einem Fachmann, über »Banken und Depositen-geld« in Nr. 14 des 32. Jahrganges der Neuen Zeit, vier Wochen vor Ausbruch des Krieges. Mit größter Sicherheit wurde dort prophezeit, die Banken würden schon dem allerersten Ansturm nicht standzuhalten vermögen, denn alle Besitzer von Bankguthaben würden ihre Einlagen sofort zurückfordern und, anstatt ihr Geld stehen zu lassen, lieber Wertpapiere oder Häuser kaufen, die sofort erheblich im Preise fallen würden. Daher wäre ganz zweifellos, daß das Kreditgebäude in den kriegführenden Großstaaten »zusammenstürzen, im Erwerbsleben beispiellose Verheerungen anrichten und zu einem unerhörten finanziellen Debakel« führen werde — und zwar »ehe die Kanonen gesprochen hätten«.

Wer sich heute jene Zeit mit ihren Bankkatastrophenprophezeiungen ins Gedächtnis zurückruft und damit vergleicht, wie sich während der Kriegsdauer — die heute schon an Jahren zählt, was man ihr damals höchstensfalls an Monaten zugestand — das Bankgewerbe entwickelt hat, dem kommt jene Zeit der Chaosphantasien fast wie ein wirrer Traum vor. Anstatt noch vor

dem Beginn der Kanonensprache haltlos in sich zusammenzustürzen, ist das deutsche Bankgewerbe in den Kriegsjahren mächtig erstarkt, mächtiger als in der vorausgegangenen industriellen Aufschwungsperiode; und es wird, wenn der Krieg auch nur einigermaßen günstig für Deutschland ausläuft, mit einer finanziellen Rüstung und mit einer Energiereserve in die Periode der Übergangswirtschaft eintreten, die es noch weit mehr als bisher zum maßgebenden Faktor des kapitalistischen Wirtschaftslebens machen wird.

Schon in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch zeigte sich, wie wenig die Lage der Banken mit den pessimistischen Erwartungen übereinstimmte. Keine der größeren Kreditbanken klappte zusammen, kein Moratorium (Verfügung von Aufschubfristen) wurde nötig. Die größeren Banken widerstanden sämtlich dem angekündigten Run, obgleich die Summen, die einzelne Großbanken in den Tagen der ersten Kriegsbestürzung auszubahlen hatten, fast bis zu 20 Prozent ihres Gesamtbestandes an fremdem Gelde hinanreichten. Freilich hatten manche Banken ihre Widerstandsfähigkeit zu einem beträchtlichen Teil der Reichsbank und ihrer Finanzpolitik zu danken, die ihnen eine starke Stütze bot. Von dem hohen Lob, das verschiedene große Bankleitungen sich hinterher selbst in ihren Geschäftsberichten ausgestellt haben, müssen beträchtliche Prozente abgezogen werden.

Soweit Stockungen eintrafen, beseitigte sie bald die rasche Umschaltung der deutschen Industrie, ihre starke Beschäftigung für den Heeresbedarf und die Freisetzung beträchtlicher Kapitalien. Die Summen, die bislang im Außenhandel und in der Schifffahrt gebraucht worden waren, wurden dort frei, da der Verkehr alsbald starke Einschränkungen erlitt. Dazu kam, daß nun die vorhandenen Lagerorräte, sowohl an Rohstoffen und Nahrungsmitteln als an Industrieartikeln aller Art, in zunehmendem Maße ausverkauft, für die aus dem Verkauf erzielten Summen aber vielfach neue Waren nicht angekauft wurden. Mit anderen Worten: es fand eine fortgesetzte »Räumung« der vorhandenen Vorräte, eine Umwandlung der Warenwerte in Geldmittel statt. Die freigesetzte Geldmasse häufte sich und strömte in die Banken; und die Banken fanden für diese sich bei ihnen anhäufenden Summen gute Verwendung. Die Umschaltung der Industrie, das heißt die Umänderung der Betriebseinrichtungen, die Erweiterung vorhandener und die Errichtung neuer Anlagen erforderten Geld, das die Banken vorstreckten. Ferner sahen sich die Gemeinden vor ganz neue Ausgaben und Aufgaben gestellt. Sie brauchten ebenfalls Geld, das wiederum die Banken hergaben. Ebenso fand sich auch der Staat gezwungen, enorme Summen heranzuschaffen, Schatzanweisungen und Schatzwechsel auszugeben, die von den Banken aufgenommen wurden.

Dabei ergab sich eine für die Banken recht vorteilhafte Spannung zwischen dem Zinsfuß, den sie für die bei ihnen eingelegten Gelder zu zahlen hatten, und dem Zinsfuß, den sie von der Kriegsindustrie, von den Gemeinden, vom Staat erhielten. Da mit der Ausdehnung des Krieges die sogenannte Räumung der Lager, die Umwandlung des Warenkapitals in Geldkapital stetig zunahm, so herrschte auf dem Geldmarkt trotz der großen Kriegsanleihen — von denen übrigens ein ansehnlicher Teil auf dem Wege der Geldzirkulation wieder in die Banken zurückströmte — fast beständig eine beträchtliche Geldflüssigkeit, eine »Geldplethora«, wie es im Börsenjargon heißt, und dieses starke Geldangebot hielt den Zinssatz der Banken

für die Einlagen niedrig — für sogenanntes tägliches Geld wurden durchweg nur  $1\frac{1}{4}$  und  $1\frac{1}{2}$  Prozent gezahlt —, während sie vielfach für die von ihnen ausgeliehenen Gelder 5,  $5\frac{1}{2}$  und 6 Prozent erhielten. Auch dann, wenn man berücksichtigt, daß die Banken von den eingelegten Geldern einen beträchtlichen Teil für den Giroverkehr bereithalten müssen, also nicht zinsbringend anzulegen vermögen, bleibt bei solcher Spannung ein beträchtlicher Zinsgewinn.

Sinzu kam, daß nun das Reich, um neue Mittel für die Kriegsführung heranzuschaffen und die durch diese herbeigeführten schwebenden Reichsschulden in sogenannte fundierte umzuwandeln, zur Aufnahme großer Kriegsanleihen schritt, die zum größten Teil mit Hilfe der Großbanken untergebracht wurden — die Deutsche Bank hat zum Beispiel von den bisherigen Kriegsanleihen allein für 8 Milliarden Mark untergebracht — und diesen große Vermittlergebühren eintrugen.

Wie die Industrie sich größtenteils umrangierte, ihre Fabrikation auf den Kriegsbedarf einstellte und im Staate den Hauptabnehmer ihrer Erzeugnisse fand, so schaltete sich nun unter dem Kriegszwang auch das Bankgewerbe um. Während die frühere Ausgabe von Industrieaktien und -obligationen, das sogenannte Emissions- und Gründungsgeschäft, das Remboursgeschäft (Akzeptkredit im überseeischen Verkehr gegen Sicherstellung durch Konnossement und Versicherungspolice), der Effektenhandel, das Konfortialgeschäft (Beteiligungsgeschäft) usw. — wenigstens zunächst — stark zusammenschrumpften, nahmen die Geschäfte mit dem Staate einen großen Aufschwung. Mittelbar und unmittelbar. Mittelbar dadurch, daß die Banken dem Staate gegen Schatzanweisungen und Schatzwechsel die nötigen Geldsummen für die Kriegsausgaben vorstreckten und die Kriegsanleihen unterbrachten, mittelbar, indem sie die für das Heer und die staatlichen Bedürfnisse arbeitende Kriegsindustrie finanzierten, den Gemeinden die nötigen Geldsummen zur Deckung ihrer durch den Krieg hervorgerufenen Ausgaben liehen und später zur Regelung, beziehungsweise zur Verbesserung des Standes der deutschen Valuta im Ausland das Devisengeschäft (das ausländische Wechsel- und Scheckgeschäft) in die Hand nahmen. Das Depositen- (Einlagen-) und Leihgeschäft wurde zur Hauptsache. Wie stark der Zufluß von Geld in die Banken sich gestaltet hat, beweist die Tatsache, daß nach den Jahresberichten der acht Berliner Großbanken (Deutsche Bank, Diskontogesellschaft, Dresdener Bank, Darmstädter Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Kommerz- und Diskontobank, Nationalbank, Mitteldeutsche Kreditbank) die diesen Banken anvertrauten fremden Gelder (Depositen und Kreditoren zusammengerechnet) Ende 1913, also im Jahre vor dem Weltkrieg, erst 4919 Millionen Mark betragen, Ende des Jahres 1917 aber bereits die Höhe von 15 978 Millionen Mark erreicht haben, eine Steigerung, zu der freilich das letzte Jahr, das im eigentlichen Sinne des Wortes ein Jahr der schönsten Bankenhochkonjunktur genannt werden kann, allein über 6000 Millionen Mark beigetragen hat. Rund 16 Milliarden fremde Gelder standen also Ende 1917 allein diesen acht Banken zur Verfügung gegen 10 Milliarden vor einem Jahre und  $7\frac{1}{4}$  vor zwei Jahren.

Daraus ergibt sich, da die Kreditanforderungen an die Banken in ungefähr gleichem Maße gestiegen sind — die Debitorenposten betragen Ende 1917 4779 Millionen (Ende 1916 3623 Millionen), der Bestand an fremden Wechseln 7504 (1916 4388) Millionen Mark —, natürlich ein enormer Zins-

gewinn. Nach den Geschäftsberichten waren denn auch 1917 an dem Rohgewinn dieser acht Banken von rund 339 Millionen Mark die Erträge aus dem Zins- und Wechselgeschäft nebst Sorten- (Münzumwechslung) und Kuponsgeschäft mit nahezu 225 Millionen Mark beteiligt.

Daneben kommen vor allem die großen Beträge in Betracht, die die Banken aus dem Absatz der Kriegsanleihen und aus der Vermittlung des An- und Verkaufs von Effekten gezogen haben, war doch im Jahre 1917 das Börsengeschäft lebhafter als selbst in guten Friedensjahren. Nach dem Ausweis der genannten acht Großbanken haben sie daraus im vergangenen Jahre einen Gesamtgewinn von mehr als 103 Millionen Mark gezogen (19½ Millionen Mark mehr als im Vorjahr).

Wenn demnach einzelne Geschäftszweige der Banken während der Kriegszeit einen starken Rückgang erlitten haben, so haben dafür andere sich dermaßen ausgedehnt, daß die Gewinnverluste nicht nur ausgeglichen, sondern große Mehrgewinne erzielt wurden. Was von der Rüstungsindustrie gilt, trifft im ganzen auch auf das Bankgewerbe zu: der Krieg hat ihm Riesenprofite eingebracht. In den mitgeteilten Bilanzen kommt, so günstig sie auch aussehcn, das keineswegs voll zum Ausdruck; denn fast alle Abschlüsse sind ersichtlich darauf angelegt, die günstigen Geschäftsergebnisse zu verschleiern und versteckte Reserven für die Zukunft zu schaffen. Welche Summen versteckt worden sind, dafür einige Beispiele. Nur die Deutsche Bank ist in ihrer letzten Abrechnung wieder dazu übergegangen, die Gewinne aus dem eigenen Effekten- und Konfiskationsgeschäft mit in ihre Gewinn- und Verlustrechnung aufzunehmen, und auch sie hat nach altem Brauch nur einen Teilgewinn eingestellt; die anderen Großbanken halten an der »Kriegsusance« fest, auf diesem Konto überhaupt keine Gewinne nachzuweisen und kurzweg die erzielten Erträge zur Schaffung sogenannter versteckter oder stiller Reserven zu benutzen. Und doch handelt es sich zweifellos bei den einzelnen Banken um recht ansehnliche Millionenbeträge, denn mit der steigenden Prosperität der großen Rüstungswerke hat sich auch die Beteiligung der Banken an solchen Unternehmungen vermehrt.

Ebenso sind die großen Fusionsgewinne, die bei der An- und Eingliederung der Provinzbanken erzielt worden sind, größtenteils zur Mehrung der versteckten Reserven verwendet worden. So hat zum Beispiel die Dresdener Bank von dem Fusionsgewinn, der ihr aus der Verschmelzung mit der Rheinisch-Westfälischen Diskontogesellschaft und der Märkischen Bank entstanden ist und sich auf ungefähr 45 Millionen Mark stellen dürfte, nur ihrem Reservefonds B 19 Millionen überwiesen; der Rest soll nach Abzug von 6 bzw. 5 Prozent Dividende an die alten Aktionäre der beiden Institute sowie nach Auszahlung bestimmter Gehaltsvergütungen zu Sicherstellungen und Abschreibungen verwendet werden. Ferner hat die Diskontogesellschaft nur die Gewinne aus der Fusion mit dem Magdeburger Bankverein den offenen Reserven zugeführt, während der Gewinn aus der Fusion mit anderen neuangegliederten Instituten »zurückgestellt« wurde.

Hinzu kommt, daß sich fast überall das Bestreben zeigt, die Werte der Aktivposten, besonders der eigenen Effektenbestände, zu niedrig anzusetzen. Einige Banken geben das auch offen zu. So heißt es zum Beispiel im Geschäftsbericht der Diskontogesellschaft: »Alle diese Gewinne sind in die Gewinn- und Verlustrechnung erst eingestellt worden, nachdem für alle

irgendwie zweifelhaften Forderungen Abschreibungen und Rückstellungen vorgenommen worden sind. Insbesondere ist hierbei auf die Auslandsinteressen gebührend Rücksicht genommen und auch der Verlust, der durch die seitens der englischen Regierung zwangsweise verlangte Veräußerung des Grundstücks in London entstanden ist, zur Abschreibung gelangt.«<sup>1</sup>

Ist die Höhe der Dividende schon im allgemeinen kein Maßstab für die Geschäftsrentabilität, so noch weniger die letztjährige Dividendenfestsetzung der Großbanken. In der Dividendensteigerung kommt die heutige glänzende Lage nur teilweise zum Ausdruck. Immerhin ist es bemerkenswert, daß die Dividenden des Geschäftsjahres 1917 die Höhe der letzten Friedensdividenden bereits beträchtlich überschritten haben. Nur die Dividende der Berliner Handelsgesellschaft steht noch mit 8 Prozent um ein halbes Prozent unter dem Friedensfuß, die Nationalbank hat mit 6 Prozent ihren Friedensfuß wieder erreicht, ebenso die Dresdener Bank mit 8½ Prozent; dagegen zahlen die Darmstädter Bank und die Mitteldeutsche Kreditbank (beide mit 7 Prozent) um ein halbes Prozent höhere Dividende aus als im letzten Friedensjahr, die Diskontogesellschaft (11 Prozent) sowie die Kommerz- und Diskontobank (7 Prozent) geben 1 Prozent mehr, die Deutsche Bank (14 Prozent) gar 1½ Prozent mehr.

Besser als in den Dividendensätzen tritt der Geschäftsgang und die Entwicklung der Banken in der Zunahme ihrer Aktienkapitale und ihrer öffentlichen Reserven sowie in der Zunahme des Geschäftsumfanges hervor. Das Aktienkapital der genannten acht Großbanken hat sich während der Kriegsbauer von 1255 auf 1350 Millionen Mark, die Summe der offenen (bilanzmäßigen) Reserven von 386 auf 575 Millionen Mark erhöht. Allein die drei größten dieser Kreditbanken, die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft und die Dresdener Bank, verwalten heute über 10 Milliarden Mark an eigenen und fremden Geldern, und ihr Gesamtumsatz im letzten Jahre dürfte sicherlich über 400 Milliarden Mark betragen haben, weist doch der Umsatz der Deutschen Bank im letzten Jahre allein die enorme Summe von 188 Milliarden Mark (im Jahre 1916 129 Milliarden) auf.

Gegenüber diesen Tatsachen erscheint heute die Prophezeiung aus den Jahren vor dem Weltkrieg, die Großbanken würden alsbald nach dem Kriegsbeginn zusammenbrechen, fast als ein Witz. Die Illusionsprophezie konnte nicht glänzender abgefertigt werden als durch den Entwicklungsweg, den während der Kriegszeit das Bankwesen zurückgelegt hat. Besser gerüstet als

<sup>1</sup> Nebenbei bemerkt, hat in ihrem Bestreben, dem englischen Bankgewerbe die Konkurrenz der deutschen Bankwelt vom Halbe zu schaffen, die englische Regierung auch gegen andere deutsche Banken zu gewalttätigen Zwangsmaßnahmen gegriffen. So heißt es im Bericht der Deutschen Bank:

»Unsere Londoner Bankgebäude sind durch die englische Regierung zwangsweise an zwei Konkurrenten verkauft worden. Trotz eifrigsten Durchforschens aller Bücher, Briefschaften und Geschäfte der Londoner Niederlassung hat sich nicht der geringste Anlaß zu irgendeinem Vorwurf oder einem Vorwand für solch völkerrechtswidriges Vorgehen gefunden. Dagegen haben die englischen Behörden sich für berechtigt erachtet, unsere Beamten, auch wenn sie das 55. Lebensjahr überschritten hatten, jahrelang zurückzuhalten und ihrer Freiheit zu berauben. Unsere Telegraphenschlüssel, unsere Anskunftsbücher, unsere Kundenlisten sind uns fortgenommen worden. Das bleibe unvergessen und werde in der ganzen Welt zur Warnung bekannt.«

je tritt die Bankfinanz — vorausgesetzt, daß der Krieg nicht ganz anders ausfällt, als der jetzigen Kriegslage entspricht — in die Periode der Übergangswirtschaft ein. Sicherlich wird die Übergangszeit auch das Bankwesen vor manche Schwierigkeiten stellen: die heutige Depositionshäufung wird, wenn der Wiederaufbau der Friedensindustrie große Kapitalien mit Beschlag belegt, voraussichtlich schnell verschwinden, die Geldflüssigkeit wird aufhören, die Abstoßung der Kriegsanzleihenwerte durch die Geschäftswelt wird beträchtliche Interventionskäufe und Festlegung ansehnlicher Bankmittel in solchen Werten nötig machen, und der Wiederaufbau der Auslandsbeziehungen wird zunächst manche finanziellen Opfer erfordern, während zugleich das Reich, die Einzelstaaten, die Gemeinden mannigfache neue Kreditansprüche stellen werden. Doch die Finanzmacht der Großbanken ist dermaßen erstarkt, daß diese Schwierigkeiten sie höchstens zeitweilig in ihrem Fortschritt zu hemmen vermögen. Mit innerer Notwendigkeit sehen sie ihren Entwicklungsweg fort — und dieser Weg führt, wie ich schon im Frühjahr 1915 in der Broschüre »Parteizusammenbruch?« ausgeführt habe, zu einer neuen Phase in der Reihenfolge der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung, zu einer »finanzkapitalistischen Ara«, die erst die organisatorischen Vorbedingungen schaffen wird, die für den Übergang zur sozialistischen Wirtschaftsweise nötig sind.

Diese Auffassung ist damals — nicht nur von Karl Kautsky in der Neuen Zeit — mit den verschiedenartigsten Gründen bekämpft worden. Das Dogma, die kapitalistische Wirtschaftsweise sei längst reif für den Fortschritt zur sozialistischen Wirtschaftsordnung und existiere eigentlich nur noch infolge eines Irrtums des Entwicklungsprozesses, hatte eine solche parteioffizielle Gälligkeit erlangt, daß notwendig eine Auffassung, die nicht den demnächstigen Untergang des Kapitalismus, sondern als nächste Folge weiterer Entwicklung eine neue kapitalistische Ara ankündigte, überall auf Widerspruch stoßen mußte. Noch fand die Hypothese, der Krieg werde in seinem weiteren Verlauf bald zum Zusammensturz des kapitalistischen Wirtschaftsgebietes führen, aus dem sich dann, ähnlich wie nach einer schönen Sage der Phönix aus seiner Asche, die sozialistische Gesellschaft erheben werde, vielfach Glauben. Der Mensch glaubt so gern, was er wünscht.

Seitdem dürfte die neueste Entwicklung der Großindustrie und des Bankwesens doch manchen dieser einstigen Gläubigen zu der Ansicht gebracht haben, daß es mit der Überreife des Kapitalismus und seinem demnächstigen, angeblich »ganz unvermeidlichen« Sturz noch nichts ist und die Annahme, es stehe uns nach dem Kriege zunächst eine finanzkapitalistische Wirtschaftsära bevor, nicht so ganz unbegründet sein möge. Freilich in einem großen Teil unserer Partei hat — das offen auszusprechen, ist Pflicht — die jahrelang gepflegte Illusionsgläubigkeit allzu tief Wurzel geschlagen, als daß sie durch neue Erfahrungstatsachen so leicht über den Haufen geworfen werden könnte. Hat auch der Glaube an die demnächstige chaotische Götterdämmerung des Kapitalismus heute nur noch verhältnismäßig wenige Bekenner, so ist doch an seine Stelle vielfach die Meinung getreten, daß die allgemeine Finanznot in den kriegsführenden Staaten alsbald nach dem Friedensschluß mit zwingender Notwendigkeit den Staatssozialismus zur Herrschaft bringe.

Daran ist nur so viel richtig, daß allerdings die Spuren des sogenannten »Kriegssozialismus« keineswegs ganz ausgeilgt zu werden vermögen. Die

Notwendigkeit einer planmäßigen Überführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft wird zusammen mit der Finanzlage die Staatsverwaltung nicht nur zur Einführung von Ganz- und Halbmonopolen, sondern auch zu organisatorischen Eingriffen in das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte zwingen; aber damit ist durchaus noch nicht gesagt, daß nicht auf den vielen nichtverstaatlichten Wirtschaftsgebieten das Finanzkapital seine Macht zur Geltung bringen wird, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß es selbst bei der Durchführung mancher staatssozialistischen Pläne eine maßgebende Rolle spielen wird, vermag doch der finanzschwache Staat dabei die Mitwirkung der Bankfinanz kaum zu entbehren.

Solche Aussichten mögen manchen schönen Hoffnungen widersprechen; aber deshalb wäre es nicht weniger verfehlt, unsere Politik nicht auf diese Aussichten einzustellen, die wirtschaftlichen Neugestaltungen nicht genau zu beobachten und zu erwägen, was sich aus ihnen im Interesse der Arbeiterschaft herausholen läßt und wo gefährlichen Ansprüchen und Anmaßungen von vornherein entgegengetreten werden muß. Mehr als bisher muß heute und in Zukunft unsere gesamte Politik sich nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren — auch die Auslands politik, auf deren Gebiet noch immer die Fragestellung und -beurteilung nach rein politischen Motiven, wenn nicht gar nach bloßen überlieferten Illusionen vorherrscht.

## Das Koalitionsrecht.

Von Rudolf Wissell.

### I.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zur Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung zugegangen. Mit ihm wird ein dicker Schlußstrich unter ein frühes Kapitel der Geschichte deutscher Klassenjustiz gezogen. Wie an keinen anderen Paragraphen haben sich Urteile sinnfälligster Klassenjustiz gerade an den in den wirtschaftlichen Kampf eingreifenden § 153 der Gewerbeordnung angeschlossen. Es war, als ob die deutsche Rechtsprechung den Sinn dieses Paragraphen, eine Handlung deshalb, weil sie von einem gewerblichen Arbeiter zum Zwecke der Verbesserung seiner Lebenshaltung vorgenommen wurde, schwerer zu bestrafen als bei der Begehung derselben Handlung zu irgendeinem anderen Zwecke, in einer alles auf die Spitze treibenden Weise hervorheben wollte. Der Paragraph war tatsächlich ein Freibrief zur Ahndung auch der harmlosesten Zusammenschöße bei wirtschaftlichen Kämpfen.

Wir haben keine Sammlung der auf Grund dieser gesetzlichen Vorschrift ergangenen Urteile; doch läßt ein Blick auf die in der Kriminalstatistik wiedergegebenen Zahlen der auf Grund des § 153 verurteilten Personen erkennen, wie viele Urteile ergangen sind. Seit 1905 wurden danach verurteilt: 1905 861, 1906 1175, 1907 833, 1908 500, 1909 432, 1910 576, 1911 734 und 1912 980 Personen.

Mit der Annahme des dem Reichstags vorliegenden Gesetzentwurfes, an der kein Zweifel ist, wird ein gegen die gewerblichen Arbeiter gerichtetes Ausnahmegesetz schlimmerer Art beseitigt, und damit ist auch ein Stück des Weges geebnet, der zur Schaffung eines wirklichen Koalitionsrechts führt.